

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Energiepolitik 4

Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie hätte fatale Folgen.



Ständerat 7

Das Abstimmungsverhalten im Ständerat soll offengelegt werden.



Benzinsteuer 9

Mit unnützer Steuer dem Autofahrer noch mehr Geld abknöpfen.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Die anderen Parteien treiben die Schweiz in die EU

Bundespräsidentin Calmy-Rey und Wirtschaftsminister Schneider-Ammann drängen auf ein Paket „Bilaterale III“. Darin soll neben den laufenden bilateralen Verhandlungen mit der EU auch die künftige Übernahme von EU-Recht geregelt werden. Nach dem Willen der EU soll die Schweiz in Zukunft neues EU-Recht zwangsweise übernehmen. Für die SVP kommt dies nicht in Frage.



Die widersprüchlichen Aussagen des Bundesrates zu allfälligen Verhandlungen über ein Paket „Bilaterale III“ verlangen nach einer raschen Klärung. Ebenso ist das immer noch hängige EU-Beitritts-gesuch in Brüssel endlich zurückzuziehen. Für die SVP ist klar, dass jene Parteien, die einen Rückzug des Gesuchs ablehnen, einen EU-Beitritt der Schweiz wollen - auch wenn sie dies abstreiten. Die Classe politique der Schweiz will

nach wie vor in die EU und ist bereit, ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen. Der Bundesrat gibt Stück für Stück unsere Interessen preis und baut Luftschlösser. So geschehen mit dem Schengen / Dublin-Abkommen. Dem Volk wurden im Vorfeld der Volksabstimmung über Schengen / Dublin übertriebene und unhaltbare Versprechungen gemacht. Das zeigt sich heute beispielsweise im Asylbereich deutlich.



Souveränität in Gefahr

Eine Mehrheit von Bundesrat und Parlament sähen die Schweiz lieber heute als morgen in der EU. Diese Kreise arbeiten zwar weniger offensichtlich als auch schon, aber nicht minder konsequent daran, die Schweiz in die EU zu führen. Vor diesem Hintergrund ist auch der Versuch von Bundespräsidentin Calmy-Rey und Wirtschaftsminister Schneider-Amman zu sehen, ein Paket Bilaterale III ohne klaren Beschluss des Bundesrates zu lancieren. In diesem Paket soll es auch um die zwangsweise Übernahme von EU-Recht und die Schaffung von entsprechenden Gerichts-, Auslegungs- und Überwachungsbehörden gehen. Die Schweiz würde damit noch weiter gehen als seinerzeit mit dem EWR. Der Souveränitätsverlust eines solchen Schrittes wäre gravierend.

Im gleichen Sinn und Geist hat das Parlament neuen Kreditvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds in Milliardenhöhe zugestimmt. Diese Mittel sollen insbesondere zur Rettung bankrotter Euro-Staaten dienen. Die Schweiz müsse sich solidarisch verhalten, hiess es. Deshalb wurde zur Absicherung der linken Stimmen im Parlament gleich auch noch eine Aufstockung der Entwicklungshilfe im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken beschlossen. Die Schweiz könne nicht abseits stehen und habe letztlich keine Wahl, begründete der Bundesrat diesen Schritt. Das Parlament versagte dem Volk dann auch noch das Mit-

spracherecht und verzichtete auf eine Referendumsmöglichkeit. Handelt so ein souveräner, selbstbewusster Staat?

Es gibt aber auch andere beunruhigende Vorgänge. Das Parlament nimmt einen neuen Anlauf zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Dabei geht es nur vordergründig um die „objektive“ Prüfung von Bundesgesetzen auf ihre Verfassungskonformität. Es geht um die grundlegende Frage, ob das Volk und die Volksvertreter in den Parlamenten oder Gerichte das letzte Wort im Gesetzgebungsprozess haben sollen. Letztlich wollen diese Kreise aber insbesondere, dass die Volksrechte ebenfalls einer Prüfung zu unterwerfen sind. Sie wollen die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen erweitern und die Prüfung dieser Gründe schon vor der Lancierung einer Initiative vornehmen, z.B. durch ein Verfassungsgericht. Der Einfluss des „unbequemen“ Souveräns, der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, soll damit eingeschränkt werden. Vor dieser Entwicklung kann nicht früh genug gewarnt werden.

Eine weitere Preisgabe der Souveränität haben wir in den vergangenen Wochen im Zusammenhang mit der UNO-Resolution gegen Libyen erlebt. Die Schweiz hat in diesem Zusammenhang britischen Truppen erlaubt, in einem Konvoi die Schweiz zu durchqueren. Weil die Schweiz Mitglied der UNO sei, bestehe quasi eine Verpflichtung dazu. Neutralitätsrechtlich sei dies deshalb unbedenklich.

Fakt ist, dass die Schweiz damit Teil der Kampfhandlungen gegen Libyen wurde. Dabei geht es nicht darum, ob wir Gadhafi für einen Schurken halten oder nicht. Es geht um Grundsätzliches. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als den Sinn und Geist der Neutralität, deren Ziel es immer war, den Kleinstaat Schweiz aus der Machtpolitik und aus bewaffneten Konflikten herauszuhalten. Das hat uns während Jahrhunderten Sicherheit, Ansehen und Respekt verschafft. Doch wer verteidigt heute noch diesen Kern des souveränen und neutralen Staates?

Auch in diesem Fall hat nur die SVP gegen den Entscheid des Bundesrates protestiert. Die SVP ist heute die einzige Partei, welche ohne Vorbehalte für eine souveräne, unabhängige und neutrale Schweiz einsteht. Wir tun dies aus Überzeugung und mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Toni Brunner'. The signature is fluid and cursive.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Positive Bilanz in Freiburg, Genf und Waadt

Kürzlich haben die Kantone Freiburg, Genf und Waadt Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden durchgeführt. Sechs Monate vor den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 sind diese Kommunalwahlen ein aussagekräftiger Test für unsere Partei. Die Wahlergebnisse sind eine weitere Bestätigung dafür, dass unsere Wählerschaft in der Romandie die SVP mit ihren Anliegen und Überzeugungen unterstützt: Ablehnung eines Beitritts zur EU, Beschränkung der Zuwanderung und Eindämmung der Kriminalität sowie gesunde öffentliche Finanzen.



von Claude-Alain Voiblet, Koordinator SVP Westschweiz

Die SVP setzt erst seit ein paar Jahren einen stärkeren Akzent auf die Gründung von Sektionen in Westschweizer Städten, um damit die Erwartungen ihrer städtischen Wählerschaft besser abdecken zu können. Diese Entwicklung hat es erlaubt, bei den Kommunalwahlen den Erfolg mit Sprengkandidaten-Listen zu suchen. In den drei Westschweizer Kantonen gehören übrigens Ausländerinnen und Ausländer mit zur Wählerschaft.

Im **Kanton Genf** konnte die SVP trotz des grossen Zuwachses, den das MCG (Genfer Bürgerbewegung / Mouvement Citoyens Genevois) verzeichnen konnte, ermutigende Resultate verbuchen. Unsere Partei konnte die Anzahl ihrer Sitze von 27 auf 32 erhöhen und wird künftig die Geschicke von zwölf Gemeinden politisch mitbestimmen

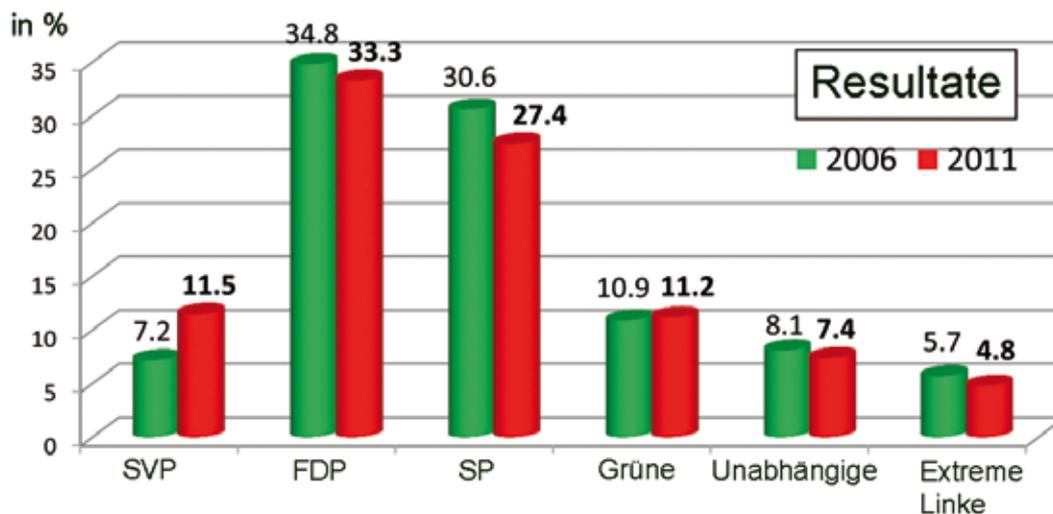
können. Das sind fünf mehr als noch 2007. Der Sitzzuwachs ist in erster Linie auf die Präsenz der SVP in Städten zurückzuführen, in denen sie bislang noch kaum aktiv war.

Im **Waadtland** wurden die Zielsetzungen vollumfänglich erreicht! Mit ihren Vertretungen in 33 Gemeinden des Kantons ist die SVP die einzige Waadtländer Partei, welche anlässlich der Wahlen einen starken Zuwachs verzeichnen konnte. Mit ihren insgesamt 280 in die Legislative gewählten Personen verfügt unsere Partei über

ten Wahlkampfes. Die koordinierte Arbeit, welche zahlreiche Kandidaten auf verschiedenen politischen Ebenen auf sich genommen haben, um die SVP Waadt neu zu positionieren, zahlt sich jetzt mit positiven Wahlergebnissen in sämtlichen Waadtländer Gemeinden aus.

Die Wahlen im **Kanton Freiburg** konnten nicht sämtliche Erwartungen erfüllen, die SVP konnte aber in den verschiedenen Gemeindelegislativen trotzdem einen Sitzzuwachs verzeichnen. In den vier grössten Städten Frei-

burg, Bulle, Murten und Romont legte unsere Partei fünf Sitze zu und kommt neu auf 31 Mandate (vorher 26). Die SVP des Kantons Freiburg konnte zudem ihre Sitzzahl in mehreren Exekutivbehörden – so etwa in Marly – ausbauen.



Die Grafik bezieht sich auf die Resultate im Kanton Waadt. Gerechnet in % der Sitze, verteilt auf sämtliche Gemeinden, die ihren Gemeinderat im Proporzverfahren wählen. Achtung: Unsere Partei ist nicht in sämtlichen Gemeinden aktiv!

107 neue Parlamentsvertreterinnen und -vertreter. Ursprünglich war ein Zuwachs von 67 Mandaten angestrebt worden. Die SVP legte prozentual von 7.2% auf 11.5% der Sitze in den Waadtländer Legislativbehörden zu. Die hervorragenden Ergebnisse, die im Kanton Waadt erzielt wurden, sind das Ergebnis eines consequen-

Wir gratulieren den zahlreichen gewählten Vertreterinnen und Vertretern und danken den Parteimitgliedern, den Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie der Wählerschaft, welche diesen Sieg der SVP bei den Kommunalwahlen in den drei Westschweizer Kantonen erst möglich gemacht haben.

4 Energiepolitik

„Ein sofortiger Ausstieg aus der siven Preissteigerung und zu ein

Die Ereignisse in Japan, insbesondere im japanischen Kernkraftwerk Fukushima haben in der Schweiz zu einer wahren Panikmache geführt. Politiker fast aller Parteien verlangen derzeit den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie oder zumindest Szenarien dafür. Bei dieser Angstmacherei und Hysterie, von den Medien kräftig unterstützt, bleiben die wichtigen Fragen bezüglich der Versorgungssicherheit und den künftigen Energiekosten wie auch jeglicher Realismus komplett auf der Strecke.



von Nationalrat Hans Killer,
Untersiggenthal (AG)

Es gilt deshalb Ruhe zu bewahren und eine klare Analyse der Ereignisse abzuwarten, anstatt kopflos Massnahmen zu fordern, die im Nachhinein nicht eingehalten werden können.

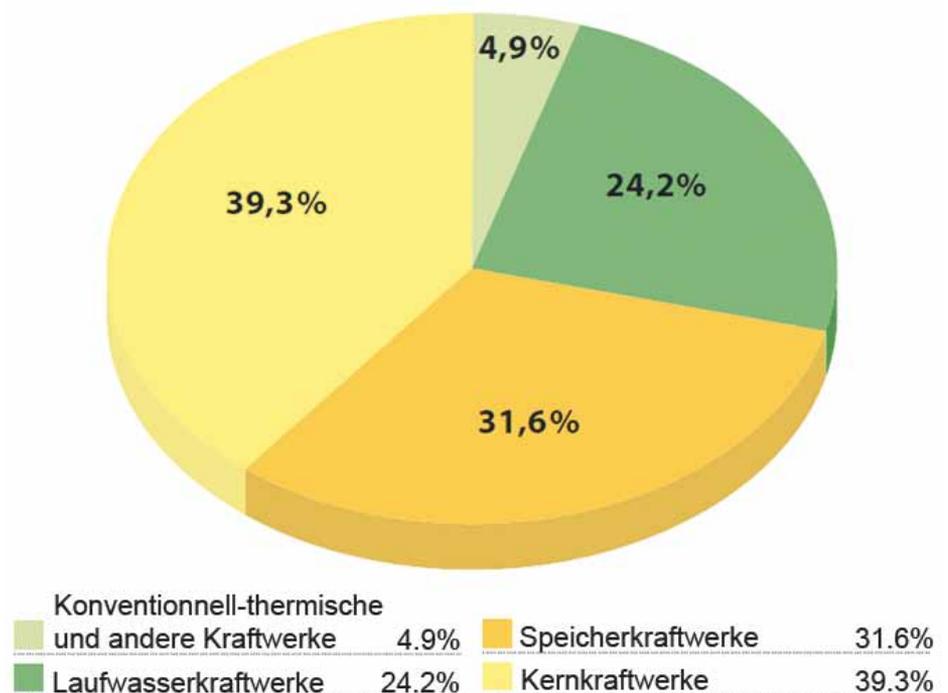
Realismus statt politischer Schnellschüsse

Wenn man die Forderungen anschaut, scheinen jedoch keine Grenzen gesetzt: Das Angebot reicht von einer sofortigen Stilllegung der älteren Kernkraftwerke, dem massiven Ausbau der Wasserkraft mit Überflutung ganzer Talschaften, der Aufgabe des Widerstands gegen alternative Energieträger im Bereich des Landschafts- und Naturschutzes bis zu einer massiven Erhöhung der Beiträge für erneuerbare Energien, obwohl diese bereits heute jährlich mit mehr als einer Milliarde Franken gefördert werden. Im Weiteren wird neuerdings auch von linken Parteien der Bau neuer Gas- oder sogar Kohlekraftwerke befürwortet, obwohl diese beiden Energieträger massive Emissionen verursachen. Vergessen ist plötzlich der Umweltschutz; dies alles nur um das Endziel von Rot-Grün zu erreichen: den vollständigen Ausstieg aus der Kernkraft, mit wel-

chen Mitteln und Folgen auch immer. Kurzfristiger Aktivismus, unüberlegte Handlungen wie auch Angst sind jedoch schlechte Ratgeber. Bevor man Massnahmen beschliesst, braucht es eine sorgfältige Lageanalyse und die Kenntnis aller Fakten. Alles andere ist purer Populismus auf dem Buckel der Bevölkerung und der Tausenden von Unternehmen, welche auf eine sichere

Strom brauchen, den umliegenden Ländern wird es ähnlich gehen. Neben der massiven Zuwanderung der letzten Jahrzehnte sind auch die Bestrebungen zur Ablösung des Erdöls ein Grund für die starke Erhöhung des Stromverbrauchs. Will man sich von der Erdölabhängigkeit befreien und damit auch die Abhängigkeit von Drittstaaten verringern, braucht

Der Schweizer Strommix 2009



Quelle: Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2009

und bezahlbare Stromversorgung angewiesen sind.

Alternativen zur Kernenergie sind zurzeit nicht in Sicht

Die laufenden Diskussionen und Forderungen blenden diese Punkte bewusst aus. Die Schweiz wird in Zukunft nicht weniger, sondern mehr

man einen anderen Energieträger, in diesem Fall Strom. In diesem Zusammenhang den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie zu fordern, ist deshalb mehr als gewagt. Denn die Frage, die man sich dabei unweigerlich stellen muss, ist, was die Alternative zur Kernenergie ist. Was passiert, wenn die Kernkraftwerke vom Netz gehen?

Kernenergie würde zu einer massiver Verknappung führen.“

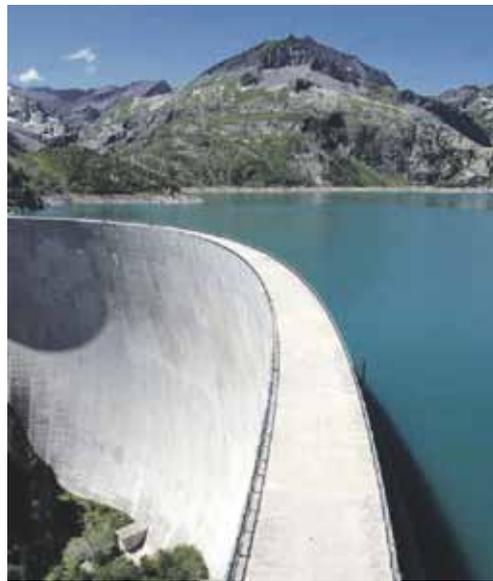
Welche Energieträger ersetzen den 40% Anteil, welchen die Kernenergie am Schweizer Strommix innehat? Ein Teil könnte durch den Bau von Gas- oder Kohlekraftwerke ersetzt werden.

Dies ist aus umweltpolitischer Sicht ein klarer Nachteil, da diese Kraftwerkstypen massive CO₂-Emissionen ausstossen. Abgesehen davon würden wir uns auch hier wiederum in die Abhängigkeit von Ländern begeben, welche in der Vergangenheit diese Rohstoffe als „Waffe“ benutzt haben. Nur zu gut sind die Erinnerungen an die Machtdemonstration von Russland, welches in den letzten Jahren im Streit mit der Ukraine mehrmals den Gashahn zudrehte und die westlichen Länder dabei ebenfalls in Mitleidenschaft zog. Erneuerbare Energien wie Sonnen- und Windkraft können ihren Teil dazu beitragen. Ihr Potential ist aber angesichts der unzuverlässigen Verfügbarkeit und der fehlenden Speichermöglichkeiten immer noch begrenzt. Bleibt noch der Ausbau der Wasserkraft. Die Wasserkraft ist bereits heute fast vollständig ausgebaut, zusätzlich wurde ihr Potential in den letzten Jahren durch massive Regulierungen durch das Parlament wie auch die stetigen Einsparungen durch Umwelt- und Naturschutzverbände noch weiter beschränkt. Als letzte Möglichkeit bleibt der Import von Strom. Auch diese Lösung überzeugt bei näherem Hinsehen nur bedingt, da einerseits zu wenig Netzkapazität vorhanden ist und auch hier wiederum massiver Widerstand gegen deren Ausbau vorliegen, andererseits jedes Land in Europa seine Energie selber benötigt.

Fünfer und Weggli gibt es nicht

Ohne die CO₂-freie Stromproduktion durch Kernenergie sind die kürzlich

vom Ständerat beschlossenen Reduktionsziele nicht zu erreichen. Zur Illustration: das grösste Kohlekraftwerk der Welt stösst mit jährlich 41,3 Mio. Tonnen mehr CO₂ aus, als die gesamte Schweiz! Auch ein modernes Gaskombikraftwerk mit der Leistung



eines KKW Mühlebergs kommt auf einen Ausstoss von 700'000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Angesichts dieser enormen Umweltbelastung würden die beschlossenen Ziele zur Makulatur.

Arbeitsplatzverlust und erhöhte Abhängigkeit vom Ausland

Ein sofortiger Ausstieg würde zu einer Verknappung von Strom und massiven Preissteigerungen führen. Wer den Aufschrei der Bevölkerung bei den Erhöhungen der letzten Jahre miterlebte, tatkräftig unterstützt von denselben Medien, die nun den Ausstieg predigen, kann sich ausmalen, was bei einem solchen, weitaus schlimmeren Szenario passieren würde. Ein starker Preisanstieg hätte aber auch massive Folgen für die Industrie, welche auf kostengünstige Energie angewiesen ist. Bei einem Anstieg der Kosten wäre die Konkurrenzfähigkeit

des Wirtschaftsstandortes Schweiz für viele Branchen nicht mehr gegeben. Energieintensive Branchen wie die Zement-, Stahl-, Papier- aber auch die Recycling-Industrie wären in höchstem Masse betroffen. Neben dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen würde die Schweiz damit in zentralen Sektoren noch weiter abhängig vom Ausland.

Bevölkerungswachstum

Ein weiterer Punkt, der in der ganzen Diskussion immer wieder ausgeblendet wird, ist die stetige Zuwanderung. Die Wohnbevölkerung der Schweiz hat seit 1990 um 1,1 Mio. Menschen zugenommen. Der Anstieg des Energieverbrauchs ist deshalb nicht zuletzt auch eine Folge des enormen Bevölkerungswachstums. Öffentlicher Verkehr, Infrastrukturen, wie auch viele andere Anwendungen sind auf grosse Mengen Strom angewiesen. Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen von einer sicheren Stromversorgung ab. Ein Ausstieg hätte enorme Auswirkungen auf das tägliche Leben, die latente Gefahr von Stromausfällen und eine massive Verteuerung der Lebenshaltungskosten zur Folge.

Die zukünftige Energiepolitik braucht klare Richtlinien und Transparenz. Die Gegner der Kernenergie müssen auf die oben genannten Fragen Antworten und vor allem auch Taten folgen lassen. Es kann nicht sein, dass man gegen jegliche Art von Energie opponiert. Die politische Doppelzüngigkeit der Linken muss ein Ende haben. In der zukünftigen Energiedebatte sind die Vor- und Nachteile eines jeden Energieträgers ohne ideologische Scheuklappen zu behandeln. Nur ein seriöses Abwägen garantiert Sicherheit und Wohlstand für unser Land.

6 Frühlings-Sessionsrückblick



KMU-feindliche Ferien-Initiative abgelehnt

Mit 110 zu 61 Stimmen hat der Nationalrat mit Hilfe der SVP in der Frühjahrssession die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Einen Antrag auf einen Gegenvorschlag mit 5 Wochen hat die grosse Kammer ebenfalls abgelehnt. Der im Obligationenrecht festgelegte Anspruch auf Ferien beträgt 4 Wochen pro Jahr. Die Initiative will diesen auf 6 Wochen erhöhen. Insbesondere die Schweizer KMU würden besonders hart getroffen. Kleinbetriebe mit weniger als 10 Mitarbeitenden wären nicht in der Lage, die wegfallende Arbeitszeit zu ersetzen. Das Anliegen der Volksinitiative führt zu einer Gefährdung des Arbeitsplatzes Schweiz, weil als Folge der höheren Arbeits- und Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes erheblich geschwächt würde.



Linker Kuhhandel für IWF-Kredite

Dank einer Mitte-Links-Koalition hat sich der Nationalrat sowohl für die neuen Kreditvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Stützung der angeschlagenen Euro-Staaten im Umfang von 16,5 Mrd. CHF als auch für die Aufstockung der Entwicklungshilfe um 640 Mio. CHF ausgesprochen. Die Mitte-Parteien haben sich die Unterstützung des IWF-Kredits mit diesem „Kuhhandel“ mit den linken Parteien erkaufte. Die SVP lehnte beide Geschäfte entschieden ab. Mit dieser Zustimmung geht die Schweiz zur Rettung der angeschlagenen Euro-Staaten weitere finanz- und währungspolitische Risiken ein. Da diese Kredite vom Ständerat bereits angenommen wurden, sind sie nun beschlossene Sache. Anträge der SVP, diese Beschlüsse dem Referendum zu unterstellen, wurden abgelehnt.



Ständerat beschliesst 30 Rp. höheren Benzinpreis

Der Ständerat hat als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ beschlossen, dass die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss bis 2020 um 20% senken soll, und zwar ausschliesslich durch Massnahmen im Inland. Anders als der Nationalrat hat sich der Ständerat für konkrete Massnahmen ausgesprochen, um dieses Ziel zu erreichen. So soll der Bundesrat eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel einführen. Damit würde jedoch der Treibstoff in der Schweiz um fast 30 Rappen pro Liter teurer. Dass so noch keine CO₂-Reduktion erreicht ist, sondern den Automobilisten noch mehr Geld aus der Tasche gezogen wird, scheint die Ständerat nicht zu stören. Wird dieser Gesetzesentwurf so verabschiedet, wird die SVP zusammen mit dem Gewerbeverband wohl das Referendum ergreifen.

Ihr Schuhgeschäft im Appenzellerland

ZUBERBÜHLER

...steht auf Schuhe



ÖFFNUNGSZEITEN
Mo: 14.00 – 18.00 • Di–Fr: 09.00 – 12.00 und 14.00 – 18.00 • Sa: 09.00 – 15.00

MEINDL Shoes For Actives
han wag
SALOMON
MERRELL
LOWA simply more...

GUTSCHEIN 10% RABATT
beim nächsten Einkauf
einlösbar bis 31.12.2011
www.zuberbuehler-schuhe.ch

WALTER ZUBERBÜHLER SCHUHGESCHÄFT AG
Schützenstrasse 16, 9100 Herisau • Telefon: 071 351 16 73 • www.zuberbuehler-schuhe.ch

Die SVP kämpft gegen die Dunkelkammer Ständerat

Das Abstimmungsverhalten wird im Ständerat anders als im Nationalrat nicht offen gelegt, da dort nach wie vor mit dem Handmehr, also nicht elektronisch, abgestimmt wird. Mit fatalen Folgen: Mitglieder einer Partei stimmen im Ständerat geschützt durch die Intransparenz anders als ihre Parteikollegen im Nationalrat. Die Bürgerinnen und Bürger haben allerdings ein Recht darauf zu erfahren, wie ihre Vertreter in der kleinen Kammer stimmen, und ob sie ihre Anliegen wirklich vertreten.



Interview mit Fraktionspräsident Caspar Baader, Gelterkinden (BL)

Wieso wird der Ständerat von der SVP als Dunkelkammer bezeichnet?

Die Ständeräte geben sich gerne als unabhängig und somit keiner politischen Grundhaltung verpflichtet. Unter diesem Deckmantel hat sich allerdings eine grosse Heimatmüdigkeit und auch ein Linksrutsch entwickelt. Lange war der Ständerat die verlässliche, bürgerliche Kammer des Schweizer Parlaments. Er entschied meist zu Gunsten des Föderalismus. Dies hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Selbst Vertreter sogenannter bürgerlicher Mitteparteien stimmen heute in der kleinen Kammer links und zentralistisch, weil deren Abstimmungsverhalten anders als im Nationalrat nicht offengelegt wird. Manchmal führt dies sogar dazu, dass die Mitglieder einer Partei im Ständerat im Schatten der Intransparenz anders stimmen als ihre Parteikollegen im Nationalrat.

Wie ist die Abstimmung momentan im Ständerat geregelt und was hat das für Konsequenzen auf politische Entschiede?

Im Ständerat wird immer noch mit dem Handmehr – also nicht elekt-

ronisch – abgestimmt. Daher kann auch keine Aufzeichnung des Abstimmungsverhaltens und keine namentliche Publikation desselben stattfinden. Zwar sind im Ständerat namentliche Abstimmungen möglich, doch muss dies von mindestens zehn Ratsmitgliedern verlangt werden. Davon wird kaum Gebrauch gemacht.

Im Nationalrat wird dagegen elektronisch abgestimmt. Über das Resultat jeder Abstimmung wird eine namentliche Liste erstellt und im stenogra-



Der Ständeratssaal

phischen Bulletin publiziert. So kann die Öffentlichkeit jederzeit im Internet nachschauen, wer wie gestimmt hat. Diese Publikation der Abstimmungsergebnisse kann für die Stimmbürger eine Grundlage dafür sein, sich bei den nächsten Wahlen zu entscheiden, wem sie ihre Stimme geben wollen. Schliesslich wollen sie Personen wählen, die auch nach der Wahl ihre Anliegen vertreten.

Wie kann im Ständerat mehr Transparenz geschaffen werden und warum wurde dies bisher verhindert?

Transparenz und Information sind tragende Pfeiler unserer Demokratie. Um diesem Grundsatz auch im Ständerat Rechnung zu tragen, sollten auch alle Abstimmungen in der kleinen Kammer öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Ständerat hat bisher dahingehende Vorstösse aus seiner Kammer zur Abänderung seines Ratsreglements konsequent abgelehnt.

Was hat die SVP unternommen, um diesen Missstand zu beheben?

Die SVP-Fraktion hat in der letzten Frühjahrssession im Nationalrat eine parlamentarische Initiative zur Abänderung des für beide Räte gültigen Parlamentsgesetzes eingereicht. Mit diesem Vorstoss verlangt die SVP auch für den Ständerat die Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems samt Aufzeichnungspflicht der Resultate analog zum Nationalrat. Da mit der Revision des Ständeratssaales im Herbst 2011 die baulichen

Voraussetzungen für die elektronische Abstimmung in der kleinen Kammer geschaffen werden, spricht aus finanzieller und baulicher Sicht nichts gegen die längst fällige Abstimmungstransparenz.

Warum ist die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse für den Stimmbürger so wichtig?

Es braucht diese Transparenz, damit auch beim Ständerat die Bürger als Wahlberechtigte über das Abstimmungsverhalten ihrer Standesvertreter informiert werden.



Attraktive
Leasing-Angebote
Multilease
www.multilease.ch

MultiAssurance
www.multiassur.ch

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

DIE KIA SONDERMODELLE ..seven

MIT 7 JAHREN GARANTIE!



Die erfolgreichen „Seven“:
Ab sofort bietet Kia die limitierte
Sonderserie „seven“ mit einem
Mehrwert von bis zu CHF 5'200.-
für nur CHF 1'787.- inkl.
7 Jahre Garantie!

Mehr erfahren Sie
bei Ihrem Kia Partner
oder auf www.kia.ch



PICANTO_SEVEN
1.0 L 12V MAN, 62 PS
CHF **16'777.-**



RIO_SEVEN
1.4 L 16V MAN, 97 PS
CHF **19'777.-**



VENGA_SEVEN
1.4 L CVVT MAN, 90 PS
CHF **22'777.-**



CEE'D_SEVEN S-DOOR
1.4 L CVVT MAN, 90 PS
CHF **22'777.-**



CEE'D_SEVEN_SW 1.4 L CVVT MAN, 90 PS CHF **23'777.-**

Picanto_seven
1.0 L 12V 62 PS CHF 16'777.-
mit 5-Gang-Schaltgetriebe
1.1 L 12V 65 PS CHF 18'777.-
mit 4-Stufen-Automatik
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 3'368.- für nur CHF 227.-!**

Rio_seven
1.4 L 16V 97 PS CHF 19'777.-
mit 5-Gang-Schaltgetriebe
1.6 L CVVT 112 PS CHF 22'777.-
mit 4-Stufen-Automatik
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 3'788.- für nur CHF 527.-!**

Venga_seven
1.4 L CVVT 90 PS CHF 22'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 23'777.-
auch mit 4-Stufen-Automatik
1.6 L CRDI 128 PS CHF 26'777.-
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 5'200.- für nur CHF 1'787.-!**

**cee'd_seven S-DOOR
& cee'd_seven_sw**
cee'd_seven s-door
1.4 L CVVT 90 PS CHF 22'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 23'777.-
1.6 L CRDI 115 PS CHF 26'777.-
cee'd_seven_sw
1.4 L CVVT 90 PS CHF 23'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 24'777.-
1.6 L CRDI 115 PS CHF 27'777.-
alle 1.6 L-Modelle auch mit Automat
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 5'130.- für nur CHF 1'787.-!**



Verbrauch gemäss 0100 km/lt (beruht auf den Normwerten) (l/100km) - Durchschnittlicher Verbrauch (l/100km)
Seven-Modelle: Picanto 1.0 L 48 (A, 114), 1.1 L aut, 6.0 (C, 143) Rio 1.4 L 5.3 (B, 123), 1.6 L aut, 6.9 (D, 164)
Venga 1.4 L 5.9 (B, 139), 1.6 L man./aut, 6.2 (C, 144/155), 1.6 L CRDI 4.5 (A, 119)
cee'd s-door 1.4 L 5.5 (A, 122), 1.6 L man./aut, 6.0 (B, 141/152), 1.6 L CRDI man./aut, 4.5 (A, 112/150)
cee'd_sw 1.4 L 5.7 (A, 135), 1.6 L man./aut, 6.2 (B, 145/162), 1.6 L CRDI man./aut, 4.6 (A, 114/154)
7 Jahre Werkgarantie. Preisangaben einschließlich MwSt.

KIA Motors AG
5745 Safenwil
062 788 88 99

Linke wollen 30 Rappen mehr für das Benzin

Der Ständerat schockte während der vergangenen Session die Nation. Die Schweiz soll ihren CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2020 um 20 Prozent senken. Anders als der Nationalrat will der Ständerat zusätzlich eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe einführen. Benzin und Diesel würden gegen 30 Rappen pro Liter teurer. Gleichzeitig wollen Linke und Grüne 4x4-Fahrzeuge verbieten oder massiv verteuern. Zu Recht fragen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger: Sind wir Schweizer eigentlich noch normal?



von Nationalrat Walter Wobmann,
Gretzenbach (SO)

Während die Schweizer sich selber immer mehr Fesseln anlegen und sich künstlich einengen, versuchen andere Länder, ihre Standortvorteile auszubauen. Es ist allen klar, dass eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen hierzulande nichts bringt, ausser mehr Staatseinnahmen und bei einigen „Gutmenschen“ möglicherweise ein reines Gewissen. „Wir müssen doch mit gutem Beispiel voran gehen“, sind Linke und Grüne überzeugt. Dem „guten Beispiel“ wird dabei die Zukunft der Schweiz und unsere gesamte Wirtschaft geopfert.

Wirkung auf Umwelt

In den letzten Jahren bewegte sich der Benzinpreis in der Schweiz zwischen 1.30 bis 1.85 Fr. pro Liter. Gefahren wurde deswegen kein Kilometer weniger. Es gibt schlicht keinen Zusammenhang zwischen dem Benzinpreis und gefahrenen Kilometern. Hingegen gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Bevöl-

kerungswachstum in unserem Land und den gefahrenen Kilometern. Dank der Personenfreizügigkeit und den offenen Schengen-Grenzen wächst unsere Bevölkerung jedes Jahr. Die Zahl der Autofahrer und damit auch der gefahrenen Kilometer nimmt rasant zu. Die Folgen sind Staus, Behinderungen und Engpässe auf den Strassen. Die als „Lenkungsmassnahme“ gedachte CO₂-Abgabe auf Treibstoffe wird kaum jemanden dazu bewegen,

noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Autofahrer sind definitiv die „Milchkühe der Nation“.

Unabsehbare Folgen

Über die Konsequenzen einer derart hohen CO₂-Abgabe auf Treibstoffe hat sich wohl niemand Gedanken gemacht. Die Vorlage ist in hohem Masse wirtschaftsfeindlich. Der Binnenmarkt würde unter der Abgabe am meisten leiden. Die Transportkosten in der Schweiz würden steigen. Von der Post über die Reisebranche bis hin zu den Taxiunternehmen wäre mit teilweise happigen Kostensteigerungen zu rechnen.

Referendum

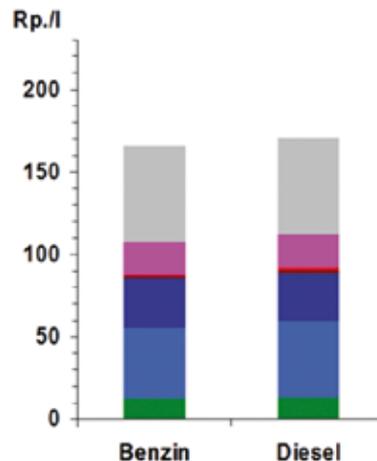
Wenn das neue Gesetz, so wie ihm der Ständerat zugestimmt hat, auch im Nationalrat durchkäme, muss das Referendum ergriffen werden. Über solche Vorlagen muss das Volk abstimmen.

Die Auto- und Motorradfahrer, und da reden wir vom ganzen Volk, haben genug, für alles und jedes das Portemonnaie hinhalten zu müssen. Die sogenannten Volksvertreter im Ständerat täten gut daran, das endlich zu begreifen. Wenn nicht, müssen wir, das Volk, entsprechend reagieren.

Treibstoffpreise an der Zapfsäule

Stand Anfang Januar 2011 (Quelle: EV)

	Benzin	Diesel
Säulenpreis	166.00	171.00
• Einkauf und Fracht	58.61	59.01
• Handelsspanne CH	20.00	20.00
• Importabgaben	0.33	1.43
• Klimarappen	1.50	1.50
• Mineralölsteuerzuschlag	30.00	30.00
• Mineralölsteuer	43.12	45.87
• Mehrwertsteuer	12.44	13.19



Der Anteil der Steuern am Treibstoffpreis beträgt beim Benzin 87,6 Rappen oder 55% und beim Diesel 90,5 Rappen oder 55% (Quelle: Verband des Strassenverkehrs).

auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Auf den CO₂-Ausstoss hätte die hohe Abgabe aber keinen Einfluss. Der Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss, der vom schweizerischen Strassenverkehr ausgeht, liegt ohnehin unter 0,01 Prozent. In Wirklichkeit geht es nur darum, dem Autofahrer

Die Schweiz steckt den Kopf in den Sand

Die Ereignisse der vergangenen Wochen in Libyen verursachen grosse und unaufhaltsame Flüchtlingsströme. Für die SVP steht aus diesem Grund insbesondere die Verhinderung von illegalen Grenzübertritten über eine Sicherung der eigenen Grenzen im Vordergrund sowie die Durchsetzung des Schengen-Dublin-Abkommens. Täglich landen zahlreiche Flüchtlingsboote mit jungen Männern in Lampedusa. Von da finden Sie den Weg leicht in die Schweiz.



von Nationalrat Yvan Perrin,
Vizepräsident, La Côte-aux-Fées (NE)

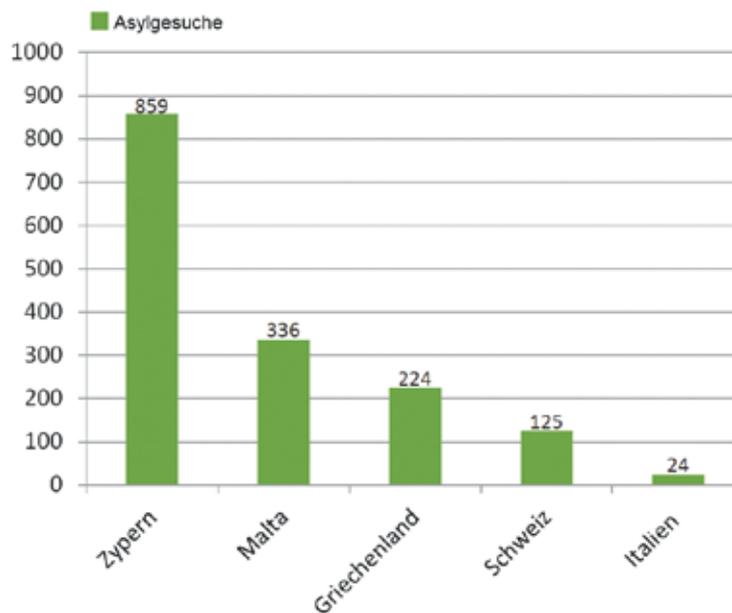
Momentan ist der Ausgang der arabischen Revolution noch ungewiss. Mehr als wahrscheinlich ist es allerdings, dass diese schwerwiegende Folgen für unser Land haben wird. Täglich landen zahlreiche Flüchtlingsboote in Lampedusa. Sie bringen fast ausschliesslich junge Männer, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind in Europa. Durch das Schengen-Dublin-Abkommen hatte man uns strenge Grenzkontrollen an den Aussengrenzen der Europäischen Union versprochen. Jetzt wird allerdings klar, dass dies alles leere Versprechungen waren. Niemand ist in der Lage, diesen ständig anwachsenden Menschenstrom einzudämmen.

Wenn man die Asylstatistiken des Jahres 2007 näher unter die Lupe nimmt, dämmert es einem bereits vage: Während die Schweiz pro 100'000 Einwohner 125 Asylsuchende aufnahm, waren es in Griechenland deren 224, Malta kam auf 336, Zypern auf 859 und Italien auf 24! Es ist fragwürdig, wieso ein Land wie Italien, das angesichts seiner geographischen Lage am Mittelmeer stark exponiert ist, fünf

mal weniger Gesuche verzeichnet als die Schweiz, die überhaupt keine Aussengrenzen im Schengen-Dublin-Raum aufweist. Nun, so erstaunlich ist das nicht, denn die italienische Regierung zeigt sich zwar durchaus gastfreundlich gegenüber minderjährigen Marokkanerinnen, wacht aber auf der anderen Seite peinlich genau darüber,

welche unsere südlichen Grenzen auf vernünftige Weise sichern würden, damit Italien seine Verantwortung nicht mehr auf unser Land abschieben kann. Aber leider stellt sich der Bundesrat quer. Unsere Regierung ist der Meinung, es würde nichts darauf hindeuten, dass die in Lampedusa gelandeten Migranten den Weg in die Schweiz finden.

Asylsuchende pro 100'000 Einwohner



Quelle: Asylstatistiken des Jahres 2007

dass jede andere Form von Migration nach Norden weitergeleitet wird, genauer Richtung Schweiz. Sie bietet keinen Widerstand und hat ihre Grenzen durchlässig gemacht. Selbst in Bezug auf die Rückführungen beugen wir uns dem italienischen Diktat. Es werden nicht mehr als 5 Personen pro Tag zurückgeführt und das erst noch per Flugzeug, selbst wenn es nur ein paar Schritte bis zur Grenze wären. Es müssen Massnahmen getroffen

Den Kopf in den Sand stecken

„Der Vogel Strauss ist das einzige Tier, das offiziell mit einem Sinn für Politik ausgestattet ist“, bemerkte Daninos einmal. Dieses „Kopf in den Sand stecken“, dieses Augenverschliessen vor der Realität ist umso beunruhigender, als dass wir hier nur einen Vorgeschmack auf das haben, was noch kommen wird. Die jungen Leute, die in Lampedusa an Land gehen, bilden

erst die Vorhut einer grossen Migrationsbewegung. Wie viele Afrikaner gibt es, die davon überzeugt sind, dass ihre Zukunft in Europa besser ist? Wir müssen sicherlich mit Hunderttausenden rechnen. Getreu seiner bisherigen Politik wird Italien diese Flüchtlinge wohlwollend durch ihr Land lassen und sehr genau darauf achten, dass sie nicht vom „Weg“ abkommen. Und innert kurzer Zeit werden sie bei uns sein.

Wahljahr 2011: Die SVP ist auf Ihre Spende angewiesen!

Sie können neu bis zu 10'000 Franken bei der direkten Bundessteuer abziehen!

Zuwendungen an politische Parteien sind neu steuerlich abzugsfähig. Natürliche Personen können ab dem Steuerjahr 2011 bei der direkten Bundessteuer bis zu 10'000 Franken vom

steuerbaren Einkommen abziehen. Darunter fallen Mitgliederbeiträge, Zuwendungen sowie Mandatssteuern (Beiträge von Inhabern politischer Ämter). Die Kantone können

die Obergrenze des Abzugs für ihre Steuern momentan noch selber festlegen. In einigen Kantonen besteht eine Abzugsmöglichkeit für finanzielle Zuwendungen an politische Parteien, in anderen noch nicht.

Abzugsfähigkeit von Parteispenden bei den kantonalen Steuern:

Bis 10% des Nettoeinkommens:

- Tessin
- Appenzell Ausserrhoden

Bis 20% des Nettoeinkommens:

- Zug
- Nidwalden
- Wallis

Bis zum Gesamtbetrag von 10'000 Fr.:

- Uri
- Waadt
- Obwalden

Bern: bis 5'200 Fr. pro Person

Zürich: bis 1'600 Fr. pro Person

Luzern: bis 1'500 Fr. pro Person

Aargau: bis 3'000 Fr. pro Person

Freiburg: bis 5'000 Fr. pro Person

Basel-Land: Parteispenden in unbegrenzter Höhe

Restliche Kantone: nicht explizit geregelt

Wenden Sie sich bitte bei allfälligen Fragen oder bei grösseren Spendenbeträgen an Ihre kantonale Steuerbehörde.

Zeichnen Sie Geissbock Zottel und gewinnen Sie

Zottel begleitet die SVP auch bei den Wahlen 2011 als tierischer Wahlhelfer. Der mittlerweile zehnjährige Geissbock brachte der SVP bereits bei den Wahlen vor vier Jahren Glück. 2011 will der robuste Geissbock noch einen drauflegen und zusammen mit der SVP 30% Wähleranteil erreichen. Lernen Sie Zottel kennen und besuchen sie ihn auf dem Hof von Nationalrat Ernst Schibli. Machen Sie mit beim Wettbewerb und gewinnen Sie mit Ihrer Familien einen „wärschaften“ Brunch.

Zottel ist neugierig, interessiert, vorwitzig, zäh, eigensinnig und belastbar. Er steht für Freiheit, Unabhängigkeit und die Unerschrockenheit der Schweiz - wie die SVP. Tausende Kinder, Familien sowie „Zottel-Fans“ aus der ganzen Schweiz haben den neugierigen Geissbock lieb gewonnen.

Sein Besitzer ist Landwirt und Nationalrat Ernst Schibli aus Otelfingen (ZH). Otelfingen wird seit Geissbock Zottel gelegentlich auch „Zottelfingen“ genannt. Zu den Lieblingsbeschäftigungen von Geissbock Zottel gehört das Fressen. Er frisst fast alles was grün ist (ohne selber grün zu sein). Als guter Schweizer Geissbock liebt Zottel die Höhe. Deshalb erklimmt der sportliche Zottel jede noch so kleine Anhöhe, die sich ihm bietet. Lernen Sie Zottel kennen und



Geissbock Zottel auf der Weide.



Otelfingen - Das Zuhause von Zottel.

besuchen Sie ihn auf dem Hof von Ernst Schibli. Da Zottel äusserst

ner zu sich nach Otelfingen ein. In der nächsten Ausgabe des Klartext am 20.

Schicken Sie uns eine Zeichnung, die Zottel zeigt - egal ob mit seinen Freunden, auf dem Hof, im Stall etc. Es werden vier Zeichnungen ausgewählt und der Künstler mit seiner Familie zu Zottel eingeladen. Sie können Zottel kennenlernen und sind gemeinsam mit Ihrer Familie am 18. Juni zu einem „wärschaften“ Brunch eingeladen.

Schicken Sie die Zeichnungen bis am 9. Mai an das Generalsekretariat der SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern.



kinderlieb ist und gerne mit ihnen spielt, veranstaltet er einen Malwettbewerb und lädt die Gewinner zu sich nach Otelfingen ein.

Mai werden die Gewinner bekannt gegeben und deren Zeichnungen abgedruckt. Zottel und die SVP wünschen allen die mitmachen viel Glück.

Besuchen Sie Zottel auch auf seiner Page unter www.zottel-2011.ch



Die SVP-Fraktion im Hangar von Bertrand Piccard

Nationalrätin Alice Glauser hat für ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen einen eindrücklichen Ausflug organisiert: Die Fraktion besuchte Bertrand Piccard in seinem Hangar in Payerne. Nach dem Nachtessen, das direkt im Hangar serviert wurde, stellte Bertrand Piccard sein Solarflugzeug vor. Er erläuterte seine Vision und seinen grossartigen Erfolg, mit Solarenergie zu fliegen. Im Anschluss an seine Ausführungen entstand eine angeregte Diskussion rund um das Thema erneuerbare Energie.



Die Nationalräte Hansruedi Wandfluh (links) und Erich von Siebenthal beim Apéro im Hangar.



Bertrand Piccard erläutert der SVP-Fraktion seine Vision und erklärt sein Solarflugzeug.



Nach einem kurzen Referat von Bertrand Piccard brachten sich die Nationalräte in die Diskussion ein.



Das imposante Solarflugzeug von Bertrand Piccard. 70 Mitarbeitende umfasst sein engagiertes Team.

14 Inserate



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHARENA
Wallis - Schweiz

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

Starke Mode für starke Männer



www.tuttogrande.ch
tuttogrande
xxl moda per uomo xxl

Wer einen Spezialisten sucht für ...

- eingeschränkte Revisionen
- IKS, FRM und Risikobeurteilungen
- massgeschneiderte Finanzberichterstattung
- Buchführung und Controlling
- Nachfolgeplanung und Unternehmensfortführung

ruft uns an!

CZ REVISIONS AG
Alpenstrasse 15, 6304 Zug, www.czrevision.ch
Tel. 041 728 82 43, Fax 041 728 82 46



4-TEENS
DAS SCHWEIZER JUGEND MAGAZIN

Die Schweizer Jugend liest 4-TEENS

Das ideale Ostergeschenk für 12 – 18 jährige Jugendliche. Informativ, spannend und unterhaltend
Jetzt ONLINE abonnieren unter: www.4-teens.ch

EIN MONAT OHNE 4-TEENS IST WIE OSTERN OHNE EIER!
JETZT FÜR NUR 78.- IM JAHRESABO ERHÄLTICH!
(zzgl. Versandkosten)

4-TEENS ist das ehemalige SCHWEIZER JUGEND und seit über 90 Jahren auf dem Markt!



Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

- ESR-Formulare
- Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

Sie wollen bauen !

Meine Bestellerkompetenz in der Planung und Ausführung spart ihnen Geld + Ärger

Bauherrenberatung + Bauherrencoaching

www.rts-baumanagement.ch
rtsbaumanagement@bluewin.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Segeln im Segelparadies

segeln.ch

GOAL GLOSSAR

Provokation

Kampagnen, die bei der Zielgruppe keine Reaktion «hervorrufen», sind rausgeschmissenes Geld. Wir möchten die uns anvertrauten Werbebudgets möglichst erfolgreich einsetzen. Deshalb gestalten wir Kampagnen, die provokativ sind!

Provokation
<lat.> provocare (pro = hervor; vocare = rufen)
Herausforderung; Aufreizung; Brüskierung

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dubendorf /ZH, Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Einheitliches Auftreten im Wahlkampf

Im Wahlkampf ist ein einheitliches grafisches Auftreten elementar. Aus diesem Grund hat die SVP ein Druckvorlagenportal ins Leben gerufen. So wird das einheitliche Bild nach Aussen gesichert. Egal ob Sie ein Plakat, einen Brief, eine Karte gestalten oder ein Veranstaltungs- oder Themeninserat schalten möchten - auf diesem Portal finden Sie alle nötigen Vorlagen. Profitieren Sie von diesem Angebot, die Registrierung ist kostenlos und die Bedienung einfach und verständlich.

Die Schweizerische Volkspartei stellt



für alle

SVP-Sektionen und für interessierte Kandidatinnen und Kandidaten vorgefertigte Druckvorlagen - insbesondere im Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen - frei zur Verfügung. Auf diesem Portal können Sie alle nötigen Drucksachen wie Plakate, Inserate, Briefe, Karten etc. CI-konform erstellen. Sie können sich registrieren und direkt auf die gewünschte Druckvorlage zugreifen. Das Bild Ihrer Wahl kann von Ihrem Computer hochgeladen werden, es wird anschliessend durch die Druckerei für eine op-

timale Qualität bearbeitet. Slogans, Text wie auch die Listennummer können durch einen Klick auf „Details“ und „Bearbeiten“ frei angepasst werden.

Sie können ein druckfähiges PDF erstellen, welches Sie Ihrer Hausdruckerei oder bei Inseraten den Zeitungen zur Verfügung stellen oder auch selber drucken können. Sie können die von Ihnen erstellten Vorlagen ebenfalls direkt drucken lassen.

Besten Dank für Ihren Einsatz für unsere Schweiz!

www.ast-fischer.ch/svp/de



Planungs- wochenende für den Wahlkampf 2011

Ein paar Tage Einsatz für den Wahlkampf 2011 der SVP?



Schweizer wählen SVP - das ist das Motto der SVP, die sich als einzige Partei ohne Wenn und Aber für das Wohl einer unabhängigen und freien Schweiz einsetzt. Deshalb heisst es raus zu den Wählerinnen und Wählern!

Wer bereit ist, mehr als nur über den Wahlkampf informiert zu werden, sondern an diesem aktiv mitzuarbeiten, ist herzlich eingeladen, am diesem Planungswochenende teilzunehmen.

- Datum:** Freitag, 8. April 2011– Sonntag, 10. April 2011
Zeit: ab Freitag 19.00 Uhr bis am Sonntag um 16.00 Uhr
Ort: Gruppenhaus "Zentrum zum Mühlehof" Gänsbrunnen
Kosten: Fr. 50.- Unkostenbeitrag für Kost und Logis (Massenlager)
Mitbringen: Schlafsack und Fixleintuch
Referenten: Parteipräsident Toni Brunner, Bundesrat Ueli Maurer, alt Bundesrat Christoph Blocher, Nationalrat Lukas Reimann, Nationalrat Hans Fehr
Ziel: Erarbeitung eines persönlichen Projekts zur Unterstützung des Wahlkampfes

Ein detailliertes Programm schicken wir Ihnen gerne zu!

Anmeldetalon

Name / Vorname:

Falls eine Funktion in einer Sektion oder Mitglied in Sektion, bitte hier eintragen von wo:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Natel:

- Ja**, ich nehme am Planungswochenende teil (Massenlager im Zentrum zum Mühlehof), da ich bereit bin mehr als einen Tag für die Partei im Hinblick auf die Wahlen 2011 einzusetzen und andere dafür zu gewinnen. Unkostenbeitrag Fr. 50.--
- Mir ist eine Teilnahme leider nicht möglich, bin aber grundsätzlich bereit mehr als einen Tag für die Partei einzusetzen.